

**Sperrfrist: Donnerstag, 11. November 2004, 12.00 Uhr**

### *Medienmitteilung*

## ***bauenschweiz: Rote Karte für Entlastungsprogramm 04***

*bauenschweiz* – die Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft – erteilt den erneuten bundesrätlichen Kürzungsabsichten bei den Strasseninfrastruktur-Investitionen eine deutliche Absage.

An ihrer Herbstversammlung vom 11. November 2004 in Bern beschloss die Organisation eine entsprechende Resolution (siehe Beilage), in der sie den Bundesrat auffordert, seine wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie endlich auch im Infrastrukturbereich konsequent zu verfolgen. *bauenschweiz* lehnt daher die geplanten Kürzungen im Strassenbereich (Bau und Unterhalt) als unverhältnismässig ab. Sie treffen die Strasse in den kommenden drei Jahren mit 11 - 16 % an den gesamten Kürzungen – und das, nachdem diese bereits im Entlastungsprogramm 03 zwischen 9 und 12,6 % zu den Kürzungen beitragen musste.

*bauenschweiz* erinnert daran, dass ein ungenügend ausgebautes und unterhaltenes Strassennetz nicht nur zu höheren volks- und betriebswirtschaftlichen Kosten führt, sondern die Standortqualitäten für die Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung spürbar beeinträchtigt und zukünftige Generationen mit übermässigen Sanierungs- und Kapazitätsanpassungskosten belastet. Die Dachorganisation erwartet deshalb von Bundesrat und Parlament entsprechende Korrekturen in den Entscheiden zum Entlastungsprogramm 04.

Nationalrat Robert Keller, Präsident von *bauenschweiz*, bekannte sich in seiner Standortbestimmung zur Bauwirtschaft grundsätzlich zur Notwendigkeit des Sparens, dieses müsse aber haushalts- und wirtschaftspolitisch sinnvoll sein und dürfe nicht einseitig bei den Investitionen ansetzen. «Gerade das Sanierungsprogramm des Bundes – sprich das Entlastungsprogramm 04 – verkennt die besondere konjunktur-, beschäftigungs- und wachstumspolitische Bedeutung der Investitionen für unsere Volkswirtschaft», so Keller. Sollte an den rigorosen Kürzungen der Bauinvestitionen festgehalten werden, müsste bezüglich der Baukonjunktur und der Beschäftigung über das Jahr 2005 hinaus mit anhaltend rezessiven Wirkungen gerechnet werden. «Eine solche Investitionspolitik wäre letztlich mit hohen Folgekosten in Form problematischer Konjunkturprogramme, zusätzlicher Arbeitslosigkeit und anhaltender Wachstumsschwäche verbunden.»

Für den Präsidenten der Schweiz. Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), Regierungsrat Willi Haag (SG), ist im heutigen Umfeld knapper Finanzen die langfristige Sicherstellung bedarfsgerechter Infrastrukturen mehr denn je das zentrale Anliegen. Es müsse verhindert werden, dass beim Entlastungsprogramm 04 die Verkehrs-Infrastrukturen erneut überproportional tangiert werden. Weiter plädierte er für einen zweckgebundenen Infrastrukturfonds aus Mitteln der Treibstoffzölle als unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Mittel für die nötigen Verkehrsinfrastruktur-Anlagen längerfristig geplant und verlässlich bereitgestellt werden können.

Das Gastreferat hielt der Vorsteher des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bundesrat Samuel Schmid, zum Thema «Sparen und Investieren – Balanceakt der öffentlichen Hand».

Weitere Auskünfte:

Nationalrat Robert Keller, Präsident *bauenschweiz*, Tel. 079 638 14 90  
Gabriel Barrillier, Grossrat, Vorstandsmitglied *bauenschweiz*, Tel. 079 206 41 91

*bauenschweiz* ist die Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft. Sie vertritt gegen 70 Organisationen aus den Bereichen Planung, Bauhauptgewerbe, Ausbau und Gebäudehülle sowie Produktion und Handel und repräsentiert – gemessen am Bruttoinlandprodukt – 10 % der Schweizer Volkswirtschaft.

Zürich, 11. November 2004